

Ansprache des Landesvorsitzenden

Richard Mergner

Delegiertenversammlung 2023 in Nürnberg

Natur- und Umweltschutz sichern unsere Lebensgrundlagen

Sehr geehrte Ehrengäste,

liebe Delegierte,

sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz 2023 in Nürnberg. Für mich und Viele von uns - insbesondere aus dem hauptamtlichen Bereich - fühlt sich das an wie ein Heimspiel, da ja eine unserer beiden Landesfachgeschäftsstellen hier ihren Sitz hat und auch ich ab und zu im Büro bin, wenn ich nicht gerade irgendwo Bayern unterwegs bin. Denn der BUND Naturschutz ist in ganz Bayern zuhause. Wir arbeiten in jedem Landkreis und in über 500 Gemeinden in einer Kreis- und Ortsgruppe mit einem unglaublichen ehrenamtlichen Engagement für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Sie und Ihr vertretet unsere fast 266.000 Mitglieder und ich danke auch im Namen des gesamten Landesvorstandes ganz herzlich für diesen großen Einsatz.

Das ist wieder ein neuer Mitgliederhöchststand in unserer 110-jährigen Verbandsgeschichte. Ein Zuwachs von über 5.000 innerhalb eines Jah-



Landesverband Bayern
des Bundes für Umwelt-
und Naturschutz
Deutschland e.V.

Richard Mergner
1. Vorsitzender

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 09 11/81 87 8-10
Fax 09 11/86 95 68

richard.mergner
@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 24. Juni 2023

res trotz Rekordinflation! Dies trägt entscheidend zu den soliden Finanzen des Verbandes bei. Ein herzlicher Dank an die Verantwortlichen mit Ihren Teams, Landesgeschäftsführer Peter Rottner, Landesbeauftragter Martin Geilhufe, den Landesschatzmeister Max Walleitner und unsere Service- und Marketing-Verantwortlichen.

Mit der Anzahl der Mitglieder wächst auch das politische und gesellschaftliche Gewicht des BN und nur dank seiner vielen Unterstützerinnen und Unterstützer ist der BN als eine der wenigen Natur- und Umweltschutzorganisationen in Europa unabhängig von Sponsoring und in seinem Kernbereich von Fördergeldern. Unsere Unabhängigkeit und Überparteilichkeit machen den BN zur geachteten und anerkannten Instanz in Sachen Natur- und Umweltschutz.

Wir sind tatsächlich überall verwurzelt - in den Städten wie im ländlichen Raum. Und deswegen zeigen wir jeden Tag, wie unsinnig das Gerede von der Kluft zwischen städtischen und ländlichen Lebensformen ist: Denn es muss uns allen darum gehen, wie wir ein lebenswertes Bayern mit Artenreichtum, gesunder Luft, trinkbarem Wasser, vielfältigen Landschaften, einer multifunktionalen Land- und Forstwirtschaft im ganzen Land wiederherstellen und bewahren. Denn die Klimakrise, der Rückgang unserer Artenvielfalt und der weiterhin politisch forcierte Flächenfraß gerade auch hier in der Metropolregion Nürnberg fordern uns heraus. Die sozial-ökologische Veränderung unseres wachstumsgetriebenen Wirtschaftens erfordert eine positive Zukunftsvision.

Wir müssen und wir können die fatalen Auswirkungen der Klima- und Biodiversitätskrise ein Stück weit durch Veränderungen im eigenen Lebensstil begrenzen. Aber noch viel wichtiger ist unser Einsatz gemein-

sam mit dem BUND Bundesverband und unserem weltweiten Netzwerk friends of the earth für sozial-ökologische Leitplanken, damit die beschlossenen Ziele zum Stopp der Klimakrise und des Artenrückgangs in Städten und Gemeinden, auf landes-, bundespolitischer und europäischer Ebene endlich umgesetzt werden.

Der Schutz unserer Artenvielfalt und konsequenter Klimaschutz sind die beiden Seiten einer Medaille. Unsere **Amphibienaktion** ist mit rund 6.000 freiwilligen Helferinnen und Helfern und bis zu einer halben Million geretteter Amphibien Europas größte Artenrettungsaktion. An dieser Stelle allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön dafür! Dabei wurden an der Mehrzahl der Übergänge drastische Rückgänge von ca. 50% seit 2018 festgestellt, weil ihre Wanderwege zerschnitten, ihre Lebensräume durch Pestizide aber auch durch die Vertrocknung ihrer Lebensräume als Folge der Klimakrise entwertet werden.

Deswegen setzen sich viele von uns auch für den Moorschutz ein, wie zum Beispiel jetzt bei dem neuen großen Projekt der Moorkomplexe im Münchner Norden.

Deswegen setzen wir uns mit vielen Partnern für ökologischen Landbau und Lebensmittelerzeugung sowie die Bewahrung eines gentechnikunbefreien Bayerns ein. Ich freue mich sehr, dass unsere Arbeitskreissprecherin Dr. Martha Mertens für Ihr Engagement erst kürzlich den Nachhaltigkeitspreis der Neumarkter Lammsbräu erhalten hat, herzlichen Glückwunsch. Es ist auf eine Idee des BN zurückzuführen, dass wir nun 35 Ökomodellregionen in Bayern haben. Aber wir sind in Sorge, dass die Umstellung auf **Ökolandbau** ins Stocken kommt und sehen die Einbrüche im Biolebensmittelbereich. Daher fordern wir auch den Einsatz der bayerischen Politik für eine Mehrwertsteuersenkung auf Biopro-

dukte, klare Quoten von 50 Prozent in den öffentlichen Kantinen von der Staatskanzlei über die Mensa bis zum Krankenhaus.

Aber auch in diesem Bereich drohen leider große Gefahren: Der geleakte Entwurf der EU-Kommission für ein neues **Gentechnik**-Gesetz, der letzte Woche bekannt wurde, ist ein Frontalangriff auf Verbraucherrechte und ein scheinbar komplett von der Agrarindustrie diktiertem Gesetzesvorschlag. Damit verabschiedet man sich in der EU vom lange gültigen Vorsorgeprinzip. Die Dreistigkeit und Ignoranz der Papiere ist nach über 30 Jahren Diskussion zur Agro-Gentechnik beispiellos. Eine Technologie, die seit 50 Jahren Wunder verspricht und nichts geliefert hat, außer Pflanzen, die gegen von den gleichen Firmen produzierten chemischen Pflanzengiften resistent sind und deren Ausbringung in Ländern, wo diese Pflanzen eingesetzt werden, um das Vierfache gestiegen ist.

Als Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir weiterhin wissen, was wir essen und fordern deshalb die Beibehaltung der Risikoprüfung und detaillierten Kennzeichnung von GVO-Organismen in Lebensmitteln! Es kann nicht sein, dass für jedes Produkt das in der EU auf den Markt kommt verbindliche gesetzliche Regeln gelten, während für das was intransparent in Laboren geschaffen wird, ein Freifahrtschein für den Einsatz auf unseren Feldern und Gärten ausgestellt wird. Den Mitgliedsländern der EU soll die Souveränität genommen werden, indem sie einer nicht gekennzeichneten Gentechnik einen Freibrief geben müssen.

Ich finde es unerhört, dass die CSU-Vertreter in der europäischen EVP-Fraktion unser gentechnikfreies Bayern so leichtfertig aufs Spiel setzen und dieses Gesetz einfach so durchwinken wollen. Wir fordern von Staats- und Bundesregierung, sich entschieden für die Rechte Ihrer Ver-

braucherinnen und Verbraucher einzusetzen und dieses Gesetz zu verhindern!

Deshalb hat der BN dieses Jahr auch das Bündnis für ein gentechnik-freies Bayern erfolgreich wieder aktiviert und wir kämpfen Seite an Seite mit NGOs und Bauernorganisationen gegen eine Deregulierung der Gentechnik-Gesetzgebung. Wir sind auch in bundesweiten und europäischen Bündnissen aktiv.

Ich möchte an dieser Stelle auch gleich daran erinnern: Bereits im Juni 2024 ist **Europawahl!** Planen Sie diese in den Kreisgruppen bereits jetzt in die Veranstaltungen mit ein Es steht viel auf dem Spiel – die Natur als auch die Demokratie! Thematisieren Sie dabei auch das Gentechnikgesetz.

Landtagswahl ist auch Klimaschutzwahl

Doch am 8. Oktober ist erstmal Landtagswahl. Sie alle wissen, dass der BUND Naturschutz überparteilich ist, aber wir müssen vor der Landtagswahl trotzdem Stellung beziehen und Staatsregierung und Parteien hinsichtlich Umweltschutz, Naturschutz und Klimaschutz bewerten.

Die Staatsregierung aber auch die Landtagsmehrheit aus CSU und Freien Wählern haben weder ihre selbstgesteckten Ziele wie beispielsweise die Halbierung des Flächenverbrauchs erreicht, noch haben sie sich der eigentlichen Herausforderung, Bayerns Lebensgrundlagen zu bewahren, stellt. Dazu würde gehören für Klimaschutz, Artenvielfalt und Energiewende in Bürgerhand die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen

sowie endlich Milliarden an Steuergeldern für Naturzerstörung durch größtenwahnsinnige Straßenbauprojekte zu streichen und sich für die öko-soziale Transformation einzusetzen.

Am Anfang der Legislaturperiode konnte der BN noch gemeinsam mit Anderen Erfolge verzeichnen: Wir haben das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ grandios gewonnen. Bei allen Kritikpunkten daran, wurden mit dem Naturwaldverbundsystem und der Erweiterung des Nationalparks Bayerischer Wald Waldschutzgebiete ausgewiesen, in denen die Motorsäge schweigt und dafür der Specht ruft. Die Ökomodellregionen wurden um neun auf jetzt 35 ausgeweitet.

Doch je weiter die Legislaturperiode voranschritt, desto öfter mussten wir insbesondere mit der Begründung des schrecklichen Angriffskrieges in der Ukraine Roll-backs in einigen Bereichen erleben. So machen Söder, Aiwanger, Lindner und Co billigen Wahlkampf mit der Angst der Menschen vor hohen Energiekosten und wollten nun schon zum zweiten Mal den von ihnen selbst beschlossenen **Atomausstieg** rückgängig machen. Aber diesmal ist es ihnen nicht gelungen. Das Atomzeitalter ist beendet! Der fossil-atomare Dinosaurier zuckt noch ein bisschen, aber er wird aussterben und ihr habt dazu beigetragen.

Dieser historische Erfolg ist unser gemeinsamer Erfolg, denn wir haben miteinander seit Jahrzehnten gegen diese Technik demonstriert und gekämpft. Daher einen herzlichen Dank euch allen, aber insbesondere an Hubert Weiger sowie den Aktiven in den betroffenen Kreisgruppen Landshut Schweinfurt und Günzburg, insbesondere an Kathy Mühlebach-Sturm und Edo Günther.

Atomkraft ist lebensgefährlich, ein Kriegsrisiko, eine ungelöste Endlagerfrage für Jahrtausende und ein Milliardengrab. Und das gilt genauso für Frankreich, Tschechien, Polen oder die Ukraine.

Wir wollen eine dezentrale Energiewende mit intelligenter Energienutzung und 100 Prozent erneuerbaren Energien zum Nutzen der Bürgerschaft und nicht für die Gewinnmaximierung von Oligopolen.

Klimaschutz und Energiewende konsequent vorantreiben

Und der vergangene Winter und das erste Halbjahr 2023 haben es gezeigt: wir brauchen die Atomkraft nicht für eine sichere Energieversorgung! Was wir brauchen, ist eine Regierung, die Erneuerbare Energien ernst nimmt und in Klimaschutzfragen vorangeht. Stattdessen ist die Staatsregierung schon seit Monaten blind vor Wahlkampf-Hormonen, schießt nur gegen die Politik der Ampel und hat selber nichts anzubieten.

Wir fordern ein verpflichtendes CO₂-Budget für Bayern, das keinerlei Trödelei mehr duldet und deutlich macht wie dringend der Handlungsbedarf ist. Wenn wir so weiter machen wie bisher reißen wir das bayerische CO₂-Budget in fünf Jahren!

Der Bund treibt den **Windkraftausbau** mit gesetzlichen Regelungen voran und treibt die bayerische Staatsregierung vor sich her. Endlich entsteht Tempo auch beim Windkraftausbau! Es gab auch durch unseren Druck zumindest eine Aufweichung bei 10 H und inzwischen kommen schon der Ministerpräsident, der Wirtschafts- und der Umweltminister,

wenn in Wiesenfelden auch nur eine einzige neue Windkraftanlage in Betrieb genommen wird. In ganz Niederbayern drehen sich derzeit nur 65 Windkraftanlagen, in Mittelfranken dagegen 264 und in Oberfranken 304. 10 H ist bald dank der Bundestagsmehrheit und Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck Geschichte.

Doch wir wollen Windkraft nicht um jeden Preis. Neben der Klimakrise ist auch die Artenvielfalt massiv bedroht. Daher setzen wir uns dafür ein, dass geschützte Vogel- und Fledermausarten wie Rotmilan, Schreiadler oder der Große Abendsegler ausreichend Schutz erfahren und Dichtezentren dieser Arten von den Vorranggebieten ausgeschlossen werden. Unsere Aufgabe ist es, Windkraft nach Plan einzufordern, nur an naturverträglichen Standorten. Wir tragen aber auch schwierige Entscheidungen wie den Bau im Frankenwald oder im Chemiedreieck bei Burghausen mit.

Wir fordern außerdem eine **Solarpflicht** auf allen Neubauten und dann abgestuft auch auf allen Bestandsgebäuden um die versiegelten Flächen optimal zu nutzen und den Strom auch wirklich da ankommen zu lassen wo er verbraucht wird.

Und wir sitzen in Bayern auf einem großen Wärmeschatz! Dem süddeutschen Molassebecken, das bis zu 40% der bayerischen Wärmeversorgung übernehmen kann. Aber selbst an diesem Geschenk geht die Staatsregierung vorbei und keift gegen Wärmepumpen ohne Alternativen anzubieten. Deswegen fordern wir ein großes Investitionsprogramm für Geothermie, das Kommunen erlaubt neben der Bundesförderung weitere 20% der Investitionen von der Staatsregierung gefördert zu bekommen,

um das Geschenk des Erdinneren in die Häuser unserer Städte und Kommunen leiten zu können.

Wir müssen dazu beitragen, dass die bayerische Landtagswahl eine Klimaschutzwahl wird und wirklich etwas vorangeht in diesem Land!

Mit dem Wohl der Wälder steht oder fällt der Klimaschutz!

Um irgendwann Klimaneutralität zu erreichen, kommt Wäldern als den größten natürlichen Kohlenstoffsenken eine große Bedeutung zu. Sie müssen daher unbedingt als Senken erhalten werden.

Doch leider sind viele Wälder in einem schlechten Zustand wegen der Klimakrise: wir sprechen vom **Waldsterben 2.0**, das der BN als erster mit aufgedeckt hat. Mit zunehmenden Hitzewellen und Dürren sind Wälder immer stärker betroffen. Wir haben im letzten Sommer riesige Kahlflächen im Frankenwald bei einer Pressfahrt besucht: ein Schreckensszenario, meine lieben Delegierte, das auch anderen Regionen droht.

Wälder brauchen deshalb zuvorderst mehr Schutz. Dafür steht sinnbildlich unser Einsatz für einen **Nationalpark Steigerwald**, der als erster Laubwald-Nationalpark Bayerns in der nächsten Legislaturperiode geschützt werden soll. Deshalb haben wir zusammen mit den Verbänden im Nationalparkbündnis den Steigerwald zu einem Landtagswahl-Thema gemacht und viele Gespräche mit Parteien geführt.

Auf der ganz überwiegenden Waldfläche, wo Holz genutzt werden soll und darf, setzen uns vehement für eine naturnähere Waldwirtschaft ein. Die **Gemeinwohlfunktionen der Wälder** Und besonders die Waldleistungen für den Klimaschutz, für die Landschaftskühlung, für den Bodenschutz, für den Trinkwasserschutz und den Wasserrückhalt bekommen eine höhere Bedeutung. Es wird künftig mehr darum gehen, Wälder überhaupt zu erhalten, als eine bestimmte Menge Holz zu ernten.

Vorrangig müssen natürlich Wälder vor Rodung geschützt werden. Hier müssen wir mehr den Wald als CO₂-Speicher in den Mittelpunkt rücken und ihn verteidigen. Für das von uns verhinderte Gewerbegebiet Weiden-West haben wir ausgerechnet, dass es die 7-fache Aufforstungsfläche bräuchte, um durch Zuwachs im neuen Wald die CO₂-Verluste der gerodeten alten Bäume in ca. 20 Jahren auszugleichen. Dies muss in die Bewertung von Rodungen stärker mit einfließen.

BN wirkt!

Es gibt zahlreiche weitere Erfolge, auf die wir im vergangenen Jahr zurückblicken können. Da ist zum einen die das gewonnene Berufungsverfahren gegen die **drei Einzelgenehmigungen zur Entnahme des Fischotters in 3 Teichgebieten**: Das Gericht hat den strengen Schutzstatus des Fischotters abermals bestätigt und bemängelt, dass die Tötung genehmigt wurde, obwohl es keinen Nachweis dafür gibt, dass dadurch Schäden in der Teichwirtschaft zu verhindern sind. Freiwerdende Reviere werden nämlich schnell von anderen Fischottern besetzt. Statt unzulässige Genehmigungen zu erlassen und jetzt die Otter in der Oberpfalz und Niederbayern über die Artenschutzrechtliche Ausnahme-

verordnung (AAV) töten zu lassen, sollte die Regierung endlich ein Existenzsicherungsprogramm für die Teichwirte auflegen.

Ähnlich ist es auch mit dem **Wolf**: Nachdem wir im Januar die Klage gegen den Abschuss des Traunsteiner Wolfes gewonnen haben, klagen wir nun auch gegen die neue bayerische Wolfsabschussverordnung, weil der Abschuss auf dieser Grundlage juristisch unhaltbar ist. Die Staatsregierung streut damit den Landwirten und Landwirtinnen, die sie angeblich verteidigen, nur Sand in die Augen.

Wir klagen aber nicht nur, sondern suchen auch gemeinsam mit Weidetierhaltern nach Lösungen. Im Projekt LIFEstockprotect arbeiten wir mit 16 Weidetierhaltern zusammen, die **Herdenschutzmaßnahmen gegen den Wolf** umsetzen beziehungsweise auf dem Weg dahin sind.

Dass der BN überall in der Fläche vertreten ist, hat sich beim **Rappenalpbach** gezeigt: Ohne den BN wäre dieser Naturfrevel nicht öffentlich geworden, wären wohl auch keine staatsanwaltlichen Ermittlungen aufgenommen worden und würde wohl auch kein Sanierungskonzept erarbeitet werden.

Nun, wo wir als BN einen Vorschlag erarbeitet haben, wie der Rappenalpbach langfristig wieder zu einem naturnahen Wildbach entwickelt werden kann, kommt es noch schlimmer: Nur zwei Kilometer unterhalb der Ausbaggerungsstrecke am Rappenalpbach planen Investoren am selben Bach nun auch noch ein Wasserkraftwerk. Die Potenziale beim Ausbau der Erneuerbaren Stromversorgung liegen auch im Allgäu bei der Wind- und Sonnenenergie sowie der Energieeinsparung. Unsere letzten natur-

nahen Wildbäche in maximal geschützten Gebieten dürfen nicht der Wasserkraft zum Opfer fallen.

Hoffnungsschimmer sind gewonnene Bürgerentscheide wie hier in der Nähe in Höchststadt an der Aisch gegen ein 40 Hektar Einfamilienhausgebiet Gegen Strassenbauprojekte.

Ein riesiger Erfolg gelang uns im Waldschutz im Nürnberger Reichswald mit der Rettung von 46 Hektar Bannwald vor der Rodung für ein von der Deutschen Bahn geplantes ICE-Ausbesserungswerk. Ausgehend von vielen einzelnen Protestaktionen konnte der BN acht Bürgerinitiativen und zahlreiche Verbände im Bündnis „Rettet den Reichswald“ vereinen. Unsere fachlichen Einwände und 15.000 Unterschriften im Raumordnungsverfahren brachten die Bahn zum Rückzug.

Unsere innovative, flächensparende Alternative eines **ICE Werks** im Nürnberger Hafen konnten wir zwar stark in den Medien platzieren, wurde aber leider politisch blockiert statt umgesetzt.

Die gute Zusammenarbeit im riesigen Bündnis Rettet den Reichswald werden wir weiterführen und schon am 15./16. Juli 2023 beim Jubiläums-Reichswaldfest eine weitere Demonstration für den Wald durchführen.

Das Grüne Band ist eine Schatzkammer der Artenvielfalt und eine einzigartig Erinnerungslandschaft

Vor dem Hintergrund des unsäglichen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, ist das Grüne Band mehr denn je ein europaweites Symbol für Völkerverständigung und Frieden. Wir freuen uns daher, dass die Umweltministerkonferenz einstimmig für die Nominierung des Grünen Bandes für die deutsche Vorschlagsliste als UNESCO-Weltnaturerbe gestimmt hat und auch der Freistaat Bayern daran beteiligt und die auf

bayerischer Seite anschließenden Naturschutzgebiete in die Flächenkulisse des Weltnaturerbes einbringt. Es wäre das erste Weltnaturerbe in Bayern.

Trotzdem besteht in Bayern in Sachen Biotopverbund Nachholbedarf: Der Freistaat sollte dem Beispiel des Landes Hessen folgen und ein Nationales Naturmonument Grünes Band ausweisen.

Auch die **Mitmachprojekte** setzen wir erfolgreich fort: So schafft es die #Krautschau Stadtmenschen für grüne Fugen und Ritzen zwischen Beton und Asphalt zu begeistern. An der Hummel-Hotline nahmen alleine in diesem Jahr fast 2.000 Teilnehmer*innen in nur drei Wochen teil. Von April 2020 bis heute haben uns ungefähr 22.000 Bürgerforscherinnen und Bürgerforscher 55.500 Eichhörnchen gemeldet.

In der **Umweltbildung** haben wir bei allen BN-Umweltstationen und auch bei allen Bildungsangeboten der BN-Kreisgruppen erfreulicherweise wieder steigende Teilnehmerzahlen. Das Naturerlebniszentrum Allgäu ist in den wunderschönen Biberhof umgezogen - eine großartige Gemeinschaftsleistung vieler Aktiver und Engagierter. Riesiges Interesse haben die Online-Veranstaltungen „Artenkenner werden“ hervorgerufen: die Anmeldezahlen in der 2. Runde lagen zum Teil bei 500 Interessierten pro Abend.

Die Klimakrise hat dramatische Folgen - auch bei uns

Der erwähnte Amphibienrückgang ist ein Zeichen für die Schädigung des Wasserhaushalts in Bayern, der unzählige weitere Arten betrifft und durch sinkende Grundwasserstände auch uns Menschen bedroht. Der

Rückgang solcher weit verbreiteten Arten belegt das Versagen der Staatsregierung unsere **Feuchtgebiete** in Zeiten der Klimakrise wirksam zu schützen. Es fehlt an landesweiten Vorgaben zur Sicherung des Wasserrückhalts, unverbindliche Konzepte und Förderungen auf freiwilliger Basis reichen nicht mehr aus. Noch immer liegen Drainagen in ehemals feuchten Wiesen und Entwässerungsgräben durchziehen Moorgebiete. Und wo der Biber die Austrocknung der Landschaft kostenlos stoppt, wird dieser ökologische Wasserbau nur allzu oft unterbunden. Dabei sind Biberdämme und die im Biberstau geschaffenen Paradiese für Lurch & Co streng geschützt. Wir fordern eine stärkere Beachtung dieses Schutzes, breite ungenutzte Gewässerufer und Agrarzahlungen, die Wasserrückhalt belohnen. Vor allem aber muss unverzüglich damit begonnen werden, Entwässerungen großflächig rückzubauen und die entstehenden Feuchtflächen als extensives Grünland mit hoher Wasserspeicherkapazität zu nutzen oder zu renaturieren.

Nur wenn die Regierung jetzt umfassend handelt, können wir hoffen, dass unsere Kinder quakende Frösche auch in Zukunft live erleben und nicht nur als Nachhall des einstigen Artenreichtums Bayerns in der virtuellen Realität.

Besonders drastisch zeigt sich der **Wassermangel in Unterfranken**: Wälder haben massive Trockenschäden und immer lauter werden die Rufe nach einer Bewässerung in der Landwirtschaft, im Weinbau oder von Sportplätzen - gleichzeitig fürchten Wasserversorger um das Trinkwasser. Rückwärtslaufende Wasseruhren bei der Bewässerung von Gemüsefeldern – ja, ihr habt richtig gehört - von Bürgern aufgedeckt (!), nicht von den Behörden, machen die Brisanz mehr als deutlich. Jetzt geben die Behörden erstmals zu, dass das Personal nicht ausreicht, um überhaupt kontrollieren zu können. Unsere Kreisgruppe Würzburg hatte

dies mantraartig immer wieder kritisiert, erstmals 2007! Heute, 16 Jahre später, kann man diesen Missstand nicht mehr leugnen.

Und im vergangenen Mai wurde nach einer gründlichen Recherche von Main-Post und Bayerischem Rundfunk bekannt, dass die Behörden in Unterfranken bei mehr als 1.400 genehmigten Wasserentnahmen bei der Hälfte nicht einmal wissen, wieviel Wasser tatsächlich entnommen wird! Ein Offenbarungseid des Freistaates, liebe Freundinnen und Freunde. Wie fordern den Freistaat daher abermals auf, diese Missstände endlich abzustellen, zum Schutz unseres wichtigsten Lebensmittels, dem Trinkwasser!

Waldschutz

Daneben sollen Naturwälder großflächig in einem Biosphärengebiet im Spessart sowie in ganz Bayern in einem **Naturwaldverbundsystem** im öffentlichen Wald geschützt werden. Dafür muss die Staatsregierung endlich ein fachliches Konzept vorlegen und den aktuellen Stand korrigieren bzw. ergänzen. Wenn $\frac{3}{4}$ der Naturwälder nur Kleinstflächen sind, wenn im Gebirge nahezu das gesamte Latschengebüsch im Staatswald von 14.000 Hektar als Naturwald geschützt wird - wir fragen uns wovor? -, wenn zugleich aber nur wenige Prozent der Buchenwälder und kein Buchenwaldgebiet über 1000 Hektar geschützt wird, dann ist das handwerklich und naturschutzfachlich einfach schlecht gemacht.

Mit dem Schutz alleine ist es aber nicht getan, weil auf der ganz überwiegenden Waldfläche ja Holz genutzt werden soll und darf. Wir setzen uns vehement für eine naturnähere Waldwirtschaft ein. Hier geht es vorrangig um die Art und Weise der Holznutzung und um die Holzmenge. Wir stehen dabei zur Nutzung des umweltfreundlichen Rohstoffes Holz. Insgesamt bekommen aber die **Gemeinwohlfunktionen der Wälder** ei-

ne höhere Bedeutung. Und besonders die Waldleistungen für den Klimaschutz, für die Landschaftskühlung, für den Bodenschutz, für den Trinkwasserschutz und den Wasserrückhalt rücken in den Mittelpunkt. So muss es in der Klimakrise mit mehr Hitze und Dürre insbesondere darum gehen, die Nutzung und den Schutz der Wälder an den neuen Herausforderungen auszurichten. Das sehen wir viel zu wenig. Wir beobachten in manchen Wäldern ein unnötiges Heißschlagen, das die Vitalität der Wälder schwächt. Auf den „Schadflächen“ gibt es immer noch flächige Räumungen, anstatt unproblematisches Totholz und insgesamt mehr Biomasse zu belassen. Wir haben letzten Sommer riesige Kahlflächen im Frankenwald bei einer Pressfahrt besucht: ein Schreckensszenario, meine lieben Delegierte, das auch anderen Regionen droht.

Ein weiteres Dauerproblem belastet die Wälder und hat uns als BN letztes Jahr auf verschiedenen Ebenen stark gefordert: in weiten Landesteilen gibt es zu viel **Rehe und Hirsche**, die die notwendige Waldverjüngung auffressen. Das ist kein „Wildproblem“, sondern ein „Jägerproblem“, weil konservative Jagdkreise immer noch glauben massenhaft Rehe und Hirsche halten zu müssen. Die Folgen sind für die Wälder gerade in der Klimakrise katastrophal: Oben stirbt der Wald, und unten wächst nichts nach, weil der neue Wald aufgefressen wird. Weil die Klimakrise zu großflächigen Waldveränderungen führt, weil die Wälder sich großflächig auflösen, braucht es dringend auf riesigen Flächen eine naturnahe Waldverjüngung. Hier mit Zäunen oder Plastikhüllen ein paar Bäumchen schützen zu wollen, ist völlig unzureichend. Leider beobachten wir diese jagdlichen Defizite auch in Staatswäldern. Vor allem im Spessart oder im Werdenfelser Land bis hin zum Schliersee sind Rotwildbestände nahezu explodiert. Wir haben nicht den Eindruck, dass die Staatsforsten oder das Forstministerium diese Probleme lösen wollen. Wir werden unsere Kritik hier verstärken!

Wir beobachten auf der anderen Seite aber auch sehr gute Entwicklungen, wie zuletzt bei einer BN-Pressfahrt im Staatsforstbetrieb Neureichenau mit einer tollen Tannenverjüngung. Es gibt auch immer mehr Waldbesitzer, die die Jagd in „Eigenbewirtschaftung“ stärker in die Hand nehmen, oder Waldumbauprojekte vor den Toren Nürnbergs wie in den Zukunftswäldern im Landkreis Roth, wo Buchenpflanzungen ohne Zaunschutz hochkommen. Wir werden die nächstes Jahr wieder anstehenden bayernweiten Vegetationsgutachten intensiv begleiten und auch die Jagdbeiräte dazu schulen.

Mehr Flächenschutz: Fünf-Hektar-Ziel konkretisieren

In Bayern verschwinden jeden Tag 10,3 Hektar Boden unter Beton und Asphalt, unter Einfamilienhäusern, Factory-Outlets und Autobahnen. 10,3 Hektar. Was muss man sich darunter vorstellen? Solche Flächen werden gern in Fußballfelder umgerechnet - es sind ca. 15 – ich sag's hier in Nürnberg aber auch noch anders: Alle etwa zwei Wochen wird in Bayern so viel Fläche planiert, betoniert, bebaut und versiegelt, wie die Nürnberger Altstadt hat. Dass ist ein riesiges Problem für den Umweltschutz, fürs Klima, für die Artenvielfalt, für unsere Lebensgrundlagen und das wissen eigentlich alle. Wir natürlich, der Bauernverband, sogar die Bauindustrie, auch die Staatsregierung weiß das. Sie sagt das auch immer wieder. Aber es passiert einfach nichts – außer, wenn der BUND Naturschutz wieder ein kleines Stückchen Bayern rettet. CSU und Freie Wähler haben zwar nach der letzten Landtagswahl in ihren Koalitionsvertrag geschrieben, dass der ewige Flächenfraß ein Ende haben muss, dass er auf fünf Hektar pro Tag reduziert werden soll. Aber wo sie konkret werden müssten, da wurden die Regierungsparteien plötzlich ganz unverbindlich, da heißt es im Vertrag bloß noch: „Wir werden (...) eine

Richtgröße (...) anstreben.“ Anstreben kann man viel, aber was zählt ist: machen!

Das könnte unser Wirtschaftsminister zum Beispiel im Landesentwicklungsprogramm. Das ist gerade im letzten Jahr überarbeitet worden. Wir haben in unserer Stellungnahme dazu konkrete Maßnahmen vorgeschlagen und eingefordert: das **Fünf-Hektar-Ziel** nicht nur als schöne Formel, sondern verbindlich, heruntergerechnet auf alle Kommunen, Flächenbudgets, Kataster für Recyclingpotenziale, leichterem Zugriff auf überplante ungenutzte Flächen, die leider nicht übernommen worden sind.

Für eine Landwirtschaft, die den Landwirten ebenso gerecht wird, wie dem Tier-, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Für die nächste Regierungsperiode in Bayern fordert der BN mit einem verstärkten Maßnahmenpaket das Ziel des Volksbegehrens, den **Ausbau des Ökologischen Landbaus** auf 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche bis 2030, voran zu bringen. Mit dem Verweis auf die Marktentwicklung versucht sich hier Staatsministerin Michaela Kaniber aus der Verantwortung zu stehlen. Mit der Ausweisung von neun neuen Ökoregionen - ein ursprünglich vom BN vorgeschlagenes Konzept – wurde ein wichtiger Schritt gemacht, aber in der Außer-Haus Verpflegung gibt es beim Staat noch große Defizite. Wenn die wahren Kosten von Lebensmitteln an Umwelt-, Natur- und Klimaschäden sich am Markt nicht widerspiegeln, ist die Politik aufgefordert zu handeln. Nach einer Studie, die wir gemeinsam mit Erzeugern und Anbauverbänden bei Prof. Hülsbergen von der TU-München in Auftrag gegeben haben, sind es 800 Euro pro Hektar und Jahr, die der Ökolandbau an Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für die Gesellschaft als Leistung erbringt. Das muss sich für die

Bäuerinnen und Bauern endlich auch auszahlen! Wir fordern deshalb, Produkte des ökologischen Landbaus aufgrund ihrer Gemeinwohlleistungen von der Mehrwertsteuer zu befreien!

Es ist richtig, dass die Ukraine Krise auch im Agrarsektor durch gestiegenen Energiepreise zu einer Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion geführt hat, doch es ist nicht nachvollziehbar, dass hohe Nahrungsmittel bis heute geblieben sind, während die Erzeugerpreise bei den Bauernfamilien wieder gesunken sind. Meist haben nicht fehlende Mengen von Agrarprodukten die Preise bestimmt, sondern die schamlose Ausnutzung der Situation durch Nahrungsmittelspekulanten an den Börsen. Die damit verbundene infame Diskussion hat dazu geführt, die kleinen bei der EU-Agrarreform in den letzten Jahren ausgehandelten Erfolge, wieder zu kippen, wie zum Beispiel vorübergehend die ökologischen Vorrangflächen. Wir müssen verhindern, dass es für 2024 nochmals in die Diskussion kommt. Für Staatsministerin Michaela Kaniber sind ökologische Vorrangflächen für die Natur nur auf dem Papier wichtig.

Die europäischen Vorgaben zur Reduktion des **Pflanzenschutzmitteleinsatzes**, 50% weniger Pestizide bis 2030, werden von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber ausgebremst. Gleichzeitig hat sie immer noch kein klares, nachvollziehbares Reduktionsziel für die Pestizidausbringung in Bayern vorlegen können oder wollen. Auch am Glyphosateinsatz übt sie keinerlei Kritik. Doch da helfen uns der öffentliche Druck auf die Marktteilnehmer, so wie es im Fall der Molkerei Goldsteig im letzten Jahr gelungen ist, die Lockerung des Glyphosatverzichts wieder zu Fall zu bringen, nicht zuletzt auch durch gezielte Pressearbeit des BN.

Rappenalpbach: Der BN als „Watch-Dog“

Durch den Naturskandal ist der Rappenalpbach im Naturschutzgebiet Allgäuer Hochalpen inzwischen bayern- und deutschlandweit bekannt geworden. Der südlichste Bach Deutschlands war eines von nur noch zwei Gewässern in Bayern, das nach der Wasserrahmenrichtlinie einen „sehr guten ökologischen Zustand“ hatte!

Ohne den BN wäre dieser Naturfrevel nicht öffentlich geworden. Obwohl das Landratsamt davon wusste, hätte es diese Zerstörungen lieber unter dem Deckel gehalten.

Ohne den BN wären wohl auch keine staatsanwaltlichen Ermittlungen aufgenommen worden, so dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. In Kürze steht dazu eine Gerichtsverhandlung an.

Ohne den BN würde wohl auch kein Sanierungskonzept erarbeitet werden.

Wir haben als BN einen Vorschlag erarbeitet, wie der Rappenalpbach langfristig wieder zu einem naturnahen Wildbach entwickelt werden kann. Mit der Umsetzung der Sanierung muss nun auch zeitnah begonnen werden. Es ist sehr bedauerlich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen wie der BN selbst bei so massiven Gesetzesverstößen tätig werden müssen, obwohl das eigentlich die Aufgabe der staatlichen Naturschutzbehörden wäre.

Doch es kommt noch schlimmer: Nur zwei Kilometer unterhalb der Ausbaggerungsstrecke am Rappenalpbach planen Investoren am selben Bach nun auch noch ein Wasserkraftwerk. Bereits zweimal konnte der Rappenalpbach und die Stillachklamm durch den BN vor so einem Kraftwerk gerettet werden. Die Potenziale beim Ausbau der Erneuerbaren Stromversorgung liegen auch im Allgäu bei der Wind- und Sonnenenergie sowie der Energieeinsparung. Unsere letzten naturnahen Wildbäche in maximal geschützten Gebieten dürfen nicht der Wasserkraft

zum Opfer fallen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die rechtliche Rahmenbedingungen so zu ändern, dass in unseren hochrangigen Schutzgebiete auch weiterhin der Naturschutz Vorrang hat. Gleichzeitig werden wir dieses einmaligen Naturjuwelen, wie den Rappenalpbach, auch weiterhin gegen alle Angriffe verteidigen!

Ja, die Staatsregierung hat Klimaschutz immer noch nicht verstanden. Nur so lässt sich erklären, wieso die **Wasserkraft** gebetsmühlenartig als die Lösung verkauft wird, obwohl das Potential in Bayern so gut wie ausgeschöpft ist. Nicht nur die aktuellen Planungen am Rappenalpbach sondern auch an der **Salzach** illustrieren diese Absurdität. Die Salzach ist der letzte frei fließende Voralpenfluss in Bayern. Da fast alle anderen Flüsse und Bäche in Bayern mit Wasserkraft erschlossen sind, geht es nun also den letzten Naturjuwelen an den Kragen. Und das alles ohne nennenswerten Beitrag zur Energiewende. An der Salzach entspräche die Jahresarbeit etwa drei Windrädern, am Rappenalpbach weniger als einem Windrad. Dabei ist vielfach belegt, Wasserkraft ist die erneuerbare Energieform mit den weitaus gravierendsten Umweltauswirkungen. Als Naturschützer müssen wir uns mit aller Macht gegen diese rückständige und zerstörerische Technologie stemmen und damit auch gegen eine Politik die an den Interessen der BürgerInnen vorbei geht. Bitte unterstützt daher persönlich und in euren Kreis- und Ortsgruppen unseren momentan laufenden Appell gegen das Wasserkraftwerk an der Salzach. Es liegen dazu hier Unterschriftenlisten aus, genauso kann man auch online seine Stimme abgeben.

Naturschutzprojekte

Im Projekt LIFEstockprotect arbeiten wir mit 16 Weidetierhaltern zusammen, die **Herdenschutzmaßnahmen gegen den Wolf** umsetzen bezie-

hungsweise auf dem Weg dahin sind. Dadurch bekommen wir einen Einblick, auf welche Schwierigkeiten die Tierhalter stoßen, aber auch mit welcher Leidenschaft und Aufwand sie die Weidehaltung dennoch betreiben. Der wichtige Beitrag dieser Landwirte und Landwirtinnen ist gar nicht hoch genug einzustufen. Sie leisten jetzt Pionierarbeit, oftmals unter kritische Beobachtung ihrer KollegInnen. Auch wenn die Schritte klein und langsam sind, sind die Erfahrungen wichtig und müssen weiterhin mit Verständnis und Unterstützung begleitet werden. Über das Projekt werden Schulungen für Tierhalter und Interessierte an den Betrieben angeboten. Drei Freiwilligenschulungen werden den Kreis der tatkräftigen Helfer, die in ihrer Freizeit beim Zaunbau unterstützen, erweitern. Weidetierhaltung liegt uns wegen der nachhaltigen Landbewirtschaftung, Artenschutz und Tierwohl am Herzen. Deswegen fordern wir adäquate Rahmenbedingungen für Tierhalter, die diese zweifelsohne herausfordernde Mehrarbeit leisten müssen.

Das von drei Verbänden LBV, LARS und BN getragene **Feuersalamanderprojekt** mit dem stattlichen Finanzvolumen von über 1,7 Millionen Euro läuft bereits in der zweiten Hälfte der 3,5-jährigen Projektlaufzeit. Umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen werden in Quellgebieten durchgeführt. Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Teil um eine weitere Ausbreitung des invasiven Pilzes Bsal (im Steigerwald bei E-brach und im Unterallgäu beim Memmingen) zu verhindern beziehungsweise dafür zu sensibilisieren. Zwei erstellte Ausstellungen sind im Dauereinsatz und bayernweit gefragt. Viele Ehrenamtliche arbeiten engagiert mit. Wir können Flächen in Waldquellbereichen, in denen Feuersalamander vorkommen, ankaufen und diese dauerhaft für den Naturschutz sichern. Hier haben wir noch ein Potential zu heben. Wenden Sie sich gerne an unseren Projektmanager Horst Schwemmer, wenn Sie potentielle Ankaufsflächen kennen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine grundsätzliche Anmerkung zur aktuellen gesellschaftlichen und politischen Situation machen:

Für uns als demokratische Organisation ist die Bewahrung einer lebendigen Demokratie und glaubwürdiger Medien wie Institutionen, denen wir vertrauen können, die Basis unserer Naturschutzarbeit.

Die Verrohung der politischen Kultur und Sprache, wie wir sie mit Panikmache und groben Unwahrheiten in der Diskussion um die Sicherung unserer Energieversorgung und aktuell dem Gebäudeenergiegesetz erleben müssen, der Rechtspopulismus, die Kriminalisierung von besorgten Menschen die mit zivilem Ungehorsam vor der Klimakrise warnen, die Kampagnen der Medien des Springer-Konzerns besorgen, ja empören mich.

Wer in diesen Zeiten Energieeinsparung diskreditiert und weiter von Atomkraft, Kernfusion oder neuen Wasserkraftwerken an der Salzach oder im Allgäu träumt, will nur vom Versagen in der eigenen Energie- und Klimaschutzpolitik ablenken und handelt verantwortungslos.

Wer die Förderung eines Projekts zur Energieeinsparung des deutschen Krankenhausinstitutes und als kleinem Partner des BUND Landesverbandes Berlin mit seiner ehemaligen Vorsitzenden und unserer stellvertretenden Bundesvorsitzenden Verena Graichen ohne Grundlage skandalisiert, Umweltverbände wie den BUND oder die Deutsche Umwelthilfe mit der Mafia gleichsetzt oder die Letzte Generation als Klima-RAF bezeichnet, legt die Axt an unsere Demokratie.

Ich fordere daher die politisch Verantwortlichen auf, die Bevölkerung in diesen Umbruchszeiten für die nötigen Veränderungen zu motivieren statt aus billigen Wahlkampfüberlegungen Ängste zu schüren.

Denn vorsorgender Natur- und Umweltschutz ist die Basis für Lebensqualität und Gesundheit.

Er ist Basis für ein tatsächlich nachhaltiges Wirtschaften und Überwindung der zerstörerischen Raubbauwirtschaft.

Wir retten mit einer naturverträglichen, von BürgerInnen und Kommunen getragenen Energiewende das Klima. Wir gewinnen Unabhängigkeit von diktatorischen Regimen. Wir sorgen besser als mit einem Sparbuch für geringere Energiekosten. Wir sichern, wie es das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat, die Freiheitsrechte der kommenden Generationen. Und wir leisten damit auch einen zentralen Beitrag zur Friedenssicherung und Bekämpfung von Fluchtursachen.

Die Transformation in eine erneuerbare, nachhaltige Energiewelt ist eine riesige Herausforderung, aber auch eine riesige Chance, wenn sie sozial und gerecht gelingen soll. Dies werden wir, wie gestern bei unserem Naturschutztag, in den kommenden Monaten vor der Landtagswahl thematisieren, gerade weil wir als überparteilicher aber hochpolitischer Verband nicht zur Wahl stehen.

Ich freue mich mit Ihnen auf die kommenden spannenden Wochen.